

MOTRA 07/23 SPOTLIGHT

Demokratie in Konfrontation mit Krieg, Klimawandel, Flucht und Inflation: Einstellungen zur Demokratie und die Verbreitung von Autokratieakzeptanz in Deutschland.

Peter Wetzels, Katrin Brettfeld, Diego Farren, Thomas Richter und Janosch Kleinschnittger
Universität Hamburg (UHH) und German Institute for Global and Area Studies Hamburg (GiGA)

Wetzels, P., Brettfeld, K., Farren, D., Richter, T. & Kleinschnittger, J. (2023):
Demokratie in Konfrontation mit Krieg, Klimawandel, Flucht und Inflation:
Einstellungen zur Demokratie und die Verbreitung von Autokratieakzeptanz in Deutschland.
MOTRA-Spotlight 07/23. Hrsg. von: MOTRA-Verbund, Hamburg und Wiesbaden.

<https://doi.org/10.57671/motra-2023007>

Disclaimer

Die im MOTRA-Spotlight veröffentlichten Beiträge spiegeln die Meinungen und Einschätzungen der Verfasserinnen und Verfasser wider.

Demokratie in Konfrontation mit Krieg, Klimawandel, Flucht und Inflation

Einstellungen zur Demokratie und die Verbreitung von Autokratieakzeptanz in Deutschland



„**Menschen in Deutschland: International**“ (**MiDInt**) ist eine gemeinsam vom Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) und dem German Institute for Global and Area Studies (GiGA) durchgeführte **Trendstudie**. Sie geht der Frage nach, wie Menschen in Deutschland internationale Krisen und Probleme wahrnehmen und inwieweit das ihre Einstellungen zu Demokratie beeinflusst. Im Rahmen dieser Studie finden seit November 2022 im Abstand von 2–3 Monaten regelmäßig wiederholte Onlinebefragungen einer quotierten Stichprobe erwachsener Personen auf Grundlage eines Online-Access-Panels statt. Im Folgenden werden Ergebnisse der dritten Welle dieser Studie vorgestellt, die vom 25.4. bis 16.5.2023 durchgeführt wurde. Dabei konnten insgesamt 3 426 Personen im Alter ab 18 Jahren erreicht und befragt werden.



Die Ergebnisse dieser Erhebungen im April/Mai 2023 zeigen: Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen wie der Krieg in der Ukraine, Klimawandel, Flucht und Migration sowie Inflation sind für eine große Mehrheit der Bevölkerung mit erheblichen Besorgnissen verbunden. Je zahlreicher diese Besorgnisse sind, desto häufiger sind Zweifel daran zu erkennen, dass die Demokratie in der Lage ist, diese Probleme zu bewältigen. So bewerten zwar über 70 % die **Demokratie** grundsätzlich als die beste Staatsform. Zugleich sind aber nur 17,6 % völlig überzeugt, dass mit der Demokratie die gesellschaftlichen Probleme erfolgreich gelöst werden können. 34,3 % glauben das eher nicht oder gar nicht.



Fast ein Drittel (31,5 %) sind zudem bereit, **zentrale Elemente der Demokratie**, wie kontroverse Debatten, parlamentarische Kontrolle oder Gewaltenteilung, deutlich einzuschränken oder zugunsten einer vermeintlich effektiveren autoritären politischen Führung aufzugeben. Eine solche **Autokratieakzeptanz** findet sich bei Personen aus dem gesamten politischen Spektrum. Die Raten unterscheiden sich zwar zwischen den Wählern der verschiedenen Parteien; sie liegen dort zwischen 14,8 % bei den Grünen und 50,1 % bei Wählern der AfD. Autokratieakzeptanz ist aber weder auf Personen aus dem rechten Rand des politischen Spektrums noch auf Menschen mit geringer Bildung beschränkt, sondern sie ragt in alle gesellschaftlichen Teilgruppen hinein.



Besondere Wirkungen gehen von Befürchtungen aus, in nächster Zeit ganz persönlich **wirtschaftliche Einschränkungen** im Bereich der Erfüllung von Grundbedürfnissen wie Wohnung, Energieversorgung, Arbeit oder der Versorgung mit Lebensmitteln erleben zu müssen. Diese befördern Autokratieakzeptanz in hohem Maße. Sofern zusätzlich die Entscheidungsträger in unserer Gesellschaft als unfähig eingeschätzt werden, die zentralen Probleme zu bewältigen, ist die Wahrscheinlichkeit der Befürwortung von Autokratie nochmals zusätzlich erhöht.



Es wäre aber verfehlt, die mit 31,5 % relativ stark verbreitete Autokratieakzeptanz bereits mit Rechtsextremismus gleichzusetzen. Es handelt sich vielmehr um kriseninduzierte Tendenzen der Aushöhlung des Vertrauens in demokratische Strukturen. Diese sind als Versuche der Bewältigung von Unsicherheit durch Hinwendung zu vermeintlich besonders kompetenten, Sicherheit bietenden Autoritäten zu verstehen. Eine Gefahr für unsere Demokratie liegt hier darin, dass rechtsextreme und antidemokratische populistische Organisationen im unmittelbaren Lebensalltag von Bürgern daran gut anknüpfen können, um ihre Basis zu verbreitern und ihre politischen Ziele zu verfolgen. Insofern sind Autokratie befürwortende Bürger eine wichtige **Zielgruppe für die Prävention** von politischem Extremismus.

Demokratie in Konfrontation mit Krieg, Klimawandel, Flucht und Inflation: Einstellungen zur Demokratie und die Verbreitung von Autokratieakzeptanz in Deutschland.

In Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA) führt das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) seit November 2022 regelmäßig wiederholte Umfragen bei nach Alter, Geschlecht, Bildung und regionaler Herkunft geschichteten, repräsentativen Stichproben durch. In diesen unter dem Titel „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) durchgeführten Studien stehen mögliche Ausstrahlungswirkungen internationaler politischer Entwicklungen und Konflikte auf die politischen Einstellungen der Menschen in Deutschland sowie deren damit verbundenen Ängste und Sorgen im Vordergrund.

Beispiele für solche internationalen, grenzüberschreitend relevanten Entwicklungen wären die COVID-19 Pandemie, der Krieg in der Ukraine oder auch Kriege und Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern, wie z.B. Syrien, Afghanistan, Iran, Irak, Israel, Libanon, Mali, Niger, Jemen oder auch Somalia. Sehr bedeutsam sind aktuell auch der weltweite Klimawandel und dessen Folgen. Wesentlich sind ferner zunehmende Fluchtbewegungen nach Europa und Deutschland. Dieses Zusammentreffen weltweiter Krisenphänomene führt auch auf nationaler Ebene zu einer Reihe neuartiger gesellschaftlicher Herausforderungen, die Menschen zum Teil

mit Sorge betrachten bzw. denen sie ratlos gegenüberstehen. Es handelt sich um Phänomene, die auch mit erheblichen wirtschaftlichen Belastungen verbunden sind. Diese können soziale Verwerfungen verschärfen bzw. neu entstehen lassen und darüber auch den sozialen Zusammenhalt in Frage stellen. Das kann für die politische Kultur bei uns – insbesondere für die Akzeptanz einer freiheitlichen Demokratie und ihrer Institutionen – folgenreich sein.

Die hier skizzierten Themen waren Gegenstand der dritten Welle der MiDInt-Studie, die vom 25.4. bis zum 16.5.2023 durchgeführt wurde. Dabei wurden N=3 426 Personen im Alter ab 18 Jahren befragt (für ausführliche Informationen zu Stichprobe und Erhebungsinstrument vgl. Richter et al. 2023).

Auf Basis der Daten dieser Befragung wird im Folgenden untersucht, wie sich die subjektive Wahrnehmung und Bewertung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen bei Menschen in Deutschland darstellt. Analysiert wird, wie verbreitet darauf bezogene Sorgen sind und wie diese mit Einstellungen zur Demokratie in Zusammenhang stehen. Besonderes Augenmerk wird auf persönliche wirtschaftliche Belastungen gerichtet, die Personen im Zuge der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen auf sich zukommen sehen.

Bedrohungen durch neue gesellschaftliche Herausforderungen und Einstellungen zu Demokratie

Analysen der Daten der zweiten Welle von MiDInt, die im Februar 2023 durchgeführt wurde, konnten bereits zeigen, dass die Konfrontation mit dem Krieg in der Ukraine

und dessen Folgen bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung in Deutschland mit recht ausgeprägten Kriegsängsten verbunden sind (vgl. Wetzels et al. 2023). Weiter waren auch Zusammenhänge mit Einstellungen zur Demokratie deutlich zu erkennen: Je höher die Kriegsängste, desto

stärker war die Bereitschaft, auf zentrale Prinzipien der freiheitlichen Demokratie zugunsten stärker autokratischer, vermeintlich schnellerer und effektiverer politischer Strukturen zu verzichten. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie internationale Entwicklungen mit erheblichen Risiken für die Akzeptanz der Demokratie in Deutschland verbunden sein können.

Der Krieg in der Ukraine wie auch die Konflikte in anderen Regionen der Welt haben, abseits der damit verbundenen unmittelbaren Bedrohungen durch Krieg und Gewalt, vor allem auch ganz erhebliche wirtschaftliche Folgen. Diese ragen weit in den persönlichen Alltag von Menschen in Deutschland hinein. Zu nennen sind hier unter anderem deutliche Preissteigerungen im Bereich des alltäglichen Lebensbedarfs und eine allgemein hohe Inflationsrate. Dies trifft die Menschen in Deutschland allerdings sehr unterschiedlich. So fallen Steigerungen der Preise für Wohnraum, Lebensmittel und sonstige alltägliche Bedürfnisse z. Zt. besonders hoch aus. Davon werden Menschen mit niedrigen Einkommen, die hier kaum Einsparpotentiale besitzen, stärker betroffen als einkommensstarke Gruppen. Insoweit ist die seitens der Bevölkerung „gefühlte“ Inflationsrate in Deutschland nach den Befunden einer aktuellen Studie des Kreditversicherers Allianz Trade etwa dreimal so hoch wie die offiziell berechnete Teuerungs- und Inflationsrate für die Gesamtwirtschaft (Allianz Research, 2023). Im

Folgenden wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Folgen dieser wirtschaftlichen Entwicklungen und deren subjektive Wahrnehmungen das Risiko in sich tragen, bei den Betroffenen zu einer Verringerung der Akzeptanz zentraler demokratischer Prinzipien und damit zu einer Aushöhlung der Grundlagen der parlamentarischen Demokratie beizutragen.

Verbreitung von Besorgnissen angesichts aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen

In der dritten Welle der Studie MiDInt wurde u. a. erhoben, wie sehr die Befragten wegen aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen besorgt sind. Am stärksten sind die Besorgnisse wegen wirtschaftlicher Belastungen im unmittelbaren Nahbereich: So erklärten 61.7 %, dass sie wegen möglicher weiterer Preisanstiege „sehr besorgt“ sind. Ein Rückgang der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bereitet mit 28.1 % deutlich weniger Menschen große Sorgen. Das Ausmaß des Zuzugs von Flüchtlingen besorgt 44.8 % sehr. Nur wenig geringer sind die Besorgnisse wegen der Folgen des Klimawandels (32.3 % sind hierüber „sehr“ und 41.7 % „etwas“ besorgt). Unter Einbeziehung der Kategorie „besorgt mich etwas“ äußerten in allen fünf erfassten Problembereichen jeweils mehr als 60 % der Befragten Sorgen.

Mehr als die Hälfte (56.5 %) gab an, in Bezug auf zwei oder mehr Bereiche „sehr besorgt“ zu sein.

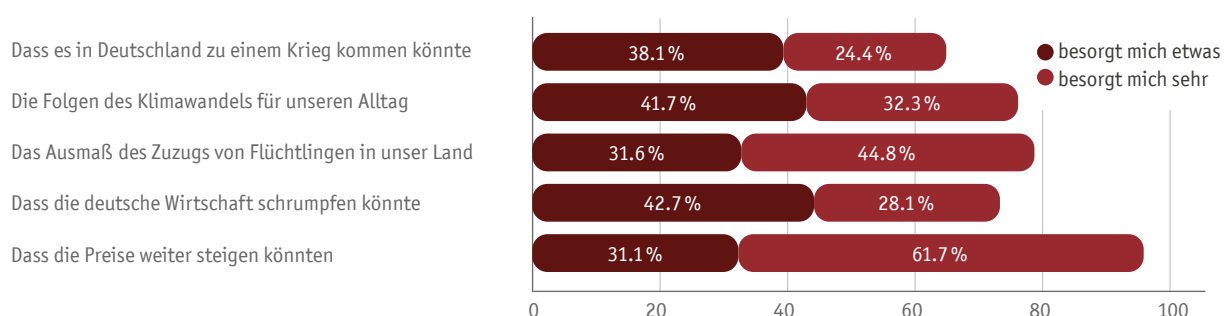


Abbildung 1: Verbreitung von Besorgnissen angesichts aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen

Einstellung zur Demokratie als Staatsform und Bewertung ihrer Eignung zur Problemlösung

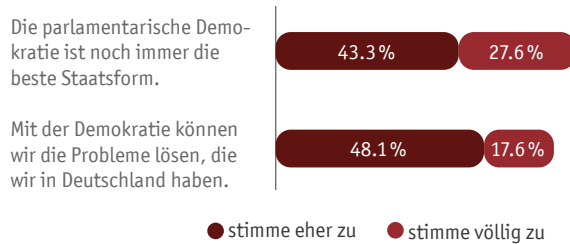


Abbildung 2: Bewertung der Demokratie als Staatsform und Eignung zur Problemlösung

Ähnlich wie in anderen aktuellen Studien zur politischen Kultur und zur Demokratie (z.B. Best et al. 2023; Decker et al. 2023; Pickel et al. 2022) zeigt sich auch in MiDInt, dass die allgemeine Akzeptanz der Demokratie als Staatsform ziemlich hoch ist: Insgesamt stimmen 70.9 % der Aussage „eher“ oder „völlig“ zu, dass die Demokratie noch immer die beste Staatsform ist. Demgegenüber ist die Zustimmung dazu, dass wir mit der Demokratie die Probleme lösen können, die wir in Deutschland haben, mit 65.7 % deutlich niedriger. Das Ausmaß völliger Zustimmung liegt hier mit nur 17.6 % um 10 Prozentpunkte niedriger als die klar positive Bewertung der Demokratie als beste Staatsform.

Ein vergleichbarer Unterschied der Zustimmung zu diesen beiden Aussagen war auch in der Studie „Menschen in Deutschland 2022“ zu erkennen (vgl. Wetzels et al. 2023). In dieser Studie hatte sich zudem gezeigt, dass die Problemlösefähigkeit der Demokratie 2022 deutlich schlechter bewertet wurde als noch 2021.

Weitere Analysen der aktuellen Daten aus MiDInt zeigen, dass die Einschätzung der Problemlösefähigkeit der Demokratie mit dem Ausmaß der Sorgen angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen in Zusammenhang steht: Befragte, die in Bezug auf zwei oder mehr Herausforderungen starke Besorgnisse äußern,

glauben zu 39.9 % nicht, dass die Demokratie zur Problemlösung geeignet ist. Personen, die sich nur über eine oder gar keine der erfassten gesellschaftlichen Herausforderungen starke Sorgen machen, zeigen eine solche Skepsis nur zu 27.1 %, also in deutlich geringerem Ausmaß.

Autokratieakzeptanz als Reaktion auf gesellschaftliche Belastungen und Herausforderungen

Der Zusammenhang zwischen der Anzahl der mit Sorge betrachteten gesellschaftlichen Herausforderungen und der Skepsis darüber, ob die Demokratie die damit verbundenen Probleme lösen kann, wirft die Frage auf, inwieweit Personen angesichts aktueller Krisen und Herausforderungen Elemente der parlamentarischen Demokratie ablehnen und nach Alternativen suchen. Zur Analyse dieser Frage nach der Verbreitung der Bereitschaft zu Preisgabe zentraler Bestandteile der demokratischen Verfasstheit unseres Staates wurden den Befragten fünf Aussagen mit der Bitte vorgelegt anzugeben, wie sehr sie diesen zustimmen (1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“). Alle Aussagen enthalten Einschränkungen zentraler demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien unter Verweis auf die aktuelle Lage.

Etwa die Hälfte (54.3 %) ist der Ansicht, dass wir uns politische Debatten und Meinungsvielfalt – beides Kernelemente einer funktionierenden Demokratie – „aktuell“ nicht leisten können. 40.5 % sprechen sich dafür aus, dass der Bundestag im Interesse einer starken politischen Führung „aktuell“ weniger Einfluss haben sollte. Damit wird von einem recht hohen Anteil die Bereitschaft artikuliert, Elemente der parlamentarischen Kontrolle zugunsten einer starken Führung aufzugeben.

Mit 34.4 % erklärt etwas mehr als ein Drittel, dass „in der aktuellen Lage“ die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden dürfe. Damit wird

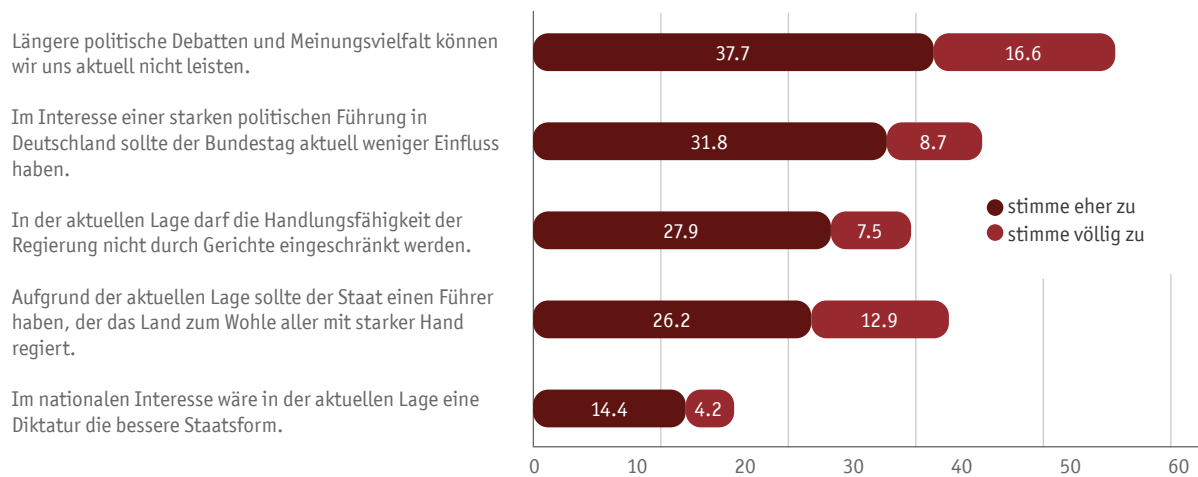


Abbildung 3: Verbreitung von Autokratieakzeptanz (Einzelitems)

eine Beschränkung der Gewaltenteilung und der gerichtlichen Kontrolle der Exekutive befürwortet, ebenfalls ein Kernelement demokratischer Rechtsstaatlichkeit. 39.1 % befürworten einen Führer, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert, was klare autoritäre Tendenzen erkennen lässt. 18.6 % stimmen der weiter zugespitzten Aussage zu, dass „in der aktuellen Lage“ eine Diktatur im nationalen Interesse die bessere Staatsform wäre.

Auf Basis dieser Aussagen wurde eine Mittelwertskala der krisenbedingten „Autokratieakzeptanz“ gebildet, die Werte zwischen 1 und 4 aufweisen kann. Befragte mit Werten über 2.5, die also über dem absoluten Mittelpunkt der Skala liegen, werden als Autokratie akzeptierend eingestuft. Dies betrifft etwa ein Drittel (31.5 %) der Gesamtstichprobe.

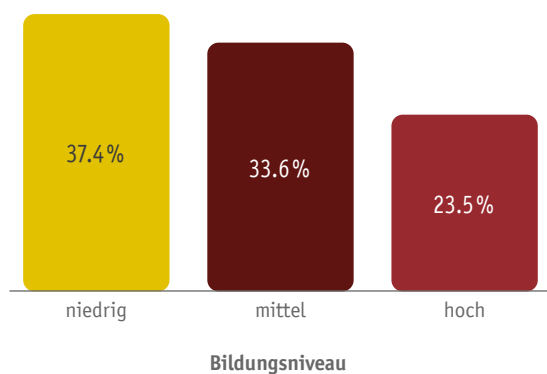


Abbildung 4: Raten der Autokratieakzeptanz nach Bildungsniveau

Diesbezüglich zeigt sich ein klarer Zusammenhang mit **Bildung**: Bei niedrigem Bildungsniveau (maximal Hauptschulabschluss) liegt die Rate für Autokratieakzeptanz bei 37.4 %, im Falle eines mittleren Bildungsniveaus (mittlere Reife) bei 33.6 % und bei Personen mit Abitur oder vergleichbaren Abschlüssen bei 23.5 %. Autokratieakzeptanz ist demnach nicht nur bei Personen mit geringer Bildung anzutreffen, sondern auch bei etwa einem Fünftel der Personen mit Abitur.

Eine Analyse der über die **Sonntagsfrage** erfassten Parteipräferenzen zeigt weiter, dass Autokratieakzeptanz sich in allen Bereichen des politischen Spektrums finden lässt. Autokratieakzeptanz ist bei Wählern der AfD mit 51.0 % am häufigsten. Im Mittelbereich liegen Wähler der Linken (26.4 %), der SPD (26.9 %) und der CDU/CSU (29.9 %). Signifikant niedrigere Raten weisen die Wähler der FDP (20.9 %) und von Bündnis 90/Die Grünen (14.8 %) auf. Im Ergebnis bedeutet dies, dass sich auch in der politischen Mitte sowie im linken Bereich eine relevante Minderheit findet, die eine auf die aktuelle Lage bezogene Bereitschaft erkennen lässt, zentrale Aspekte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zugunsten autoritärer Strukturen und Führung preiszugeben.

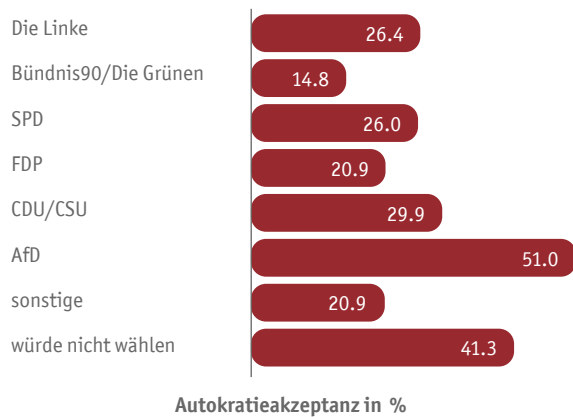


Abbildung 5: Raten der Autokratieakzeptanz nach Parteipräferenz

Die gefühlte Wirtschaftslage: Preisanstiege und erwartete persönliche wirtschaftliche Einschränkungen

Bereits die oben dargestellten Angaben der Befragten zum Grad ihrer Besorgnisse angesichts aktueller politischer Entwicklungen und Krisen haben erkennen lassen, welche hohe Bedeutung im Rahmen der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen der wirtschaftlichen Situation und hier vor allem dem Anstieg der Preise und den Folgen der Inflation zukommt. Speziell zu diesem Thema wurden die Teilnehmenden gebeten anzugeben, für wie wahrscheinlich sie es halten, dass in den nächsten 6 Monaten bei ihnen ganz persönlich bestimmte **wirtschaftliche Belastungen und Einschränkungen** eintreten werden (von 1 = „sehr unwahrscheinlich“ bis 4 = „sehr wahrscheinlich“). Die hierzu erhobenen Formen wirtschaftlicher Einschränkungen wurden mit den Worten eingeleitet: „Wenn Sie nun an die möglichen Entwicklungen in den nächsten 6 Monaten denken: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass bei

Ihnen persönlich in den nächsten 6 Monaten folgende Dinge passieren?“ Erfasst wurden Einschränkungen, die elementare Bereiche der Grundversorgung betreffen (Lebensmittel, Wohnung, Energie, Arbeit).

Im Ergebnis zeigt sich, dass sehr viele Befragte **in den nächsten 6 Monaten** solche wirtschaftlichen Belastungen auf sich zukommen sehen. So halten es 61.1 % für „wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“, sich in den kommenden 6 Monaten beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken zu müssen. Ein Drittel (34.9 %) geht davon aus, Heizung und Strom nicht mehr bezahlen können. 24.0 % erwarten, dies mit Blick auf ihre Miete. Knapp ein Fünftel (18.3 %) vermutet, im nächsten halben Jahr den Arbeitsplatz zu verlieren.

Persönliche wirtschaftliche Einschränkungen und Autokratieakzeptanz

Für die weitere Analyse wurde für alle Befragten die **Gesamtzahl** der in den nächsten 6 Monaten für wahrscheinlich erachteten wirtschaftlichen **Einschränkungen** bestimmt. Diese kann von 0 (gar keine) bis 4 (Einschränkungen in allen thematisierten Bereichen) reichen. Nur 34.5 % (n = 1182) der Befragten erwarten keine solchen Einschränkungen. 27.2 % (n = 932) halten eine der Einschränkungen für wahrscheinlich und weitere 14.0 % (n = 481) befürchten, dass zwei solche wirtschaftlichen Belastungen bei ihnen eintreten. 14.1 % (n = 483) erwarten drei solche individuellen Einschränkungen und 10.2 % (n = 346) gehen sogar davon

- Ich erwarte, ...
- ... dass ich meinen Arbeitsplatz verliere
 - ... dass ich meine Miete nicht mehr bezahlen kann
 - ... dass ich Heizung und Strom nicht mehr bezahlen kann
 - ... dass ich mich beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken muss

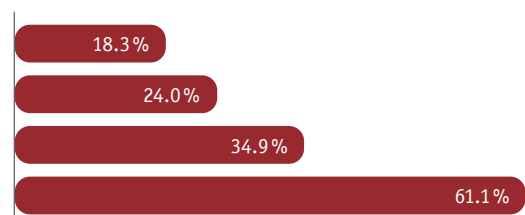


Abbildung 6: Erwartung persönlicher wirtschaftliche Einschränkungen in den nächsten 6 Monaten (% wahrscheinlich/sehr wahrscheinlich)

aus, dass alle vier Einschränkungen bei ihnen wahrscheinlich sind. Damit ist die Erwartung in naher Zukunft persönliche Einschränkung der Erfüllung von Grundbedürfnisse hinnehmen zu müssen sehr weit verbreitet.

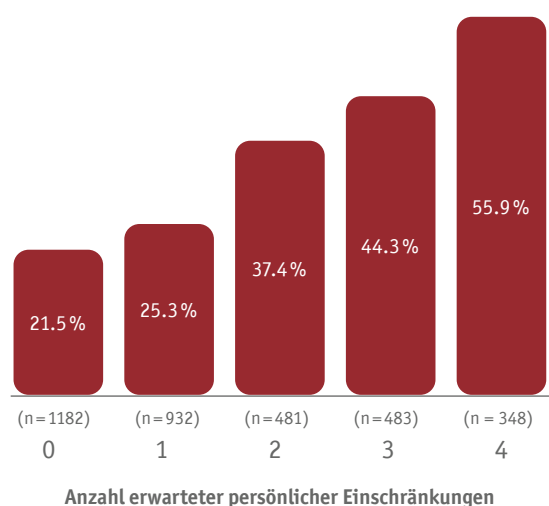


Abbildung 7: Raten der Autokratieakzeptanz nach Anzahl erwarteter persönlicher wirtschaftlicher Einschränkungen

Es findet sich ein klarer Zusammenhang zwischen Autokratieakzeptanz und dem Ausmaß der für die nähere Zukunft erwarteten persönlichen wirtschaftlichen Belastungen: Je größer die Anzahl der für wahrscheinlich gehaltenen Einschränkungen im Bereich der Grundbedürfnisse, umso höher fällt die Rate der Autokratieakzeptanz aus.

Bei Befragten, die keine wirtschaftlichen Einschränkungen in nächster Zeit erwarten, liegt die Rate der Autokratieakzeptanz mit 21.5 % deutlich unterhalb des Durchschnitts (31.5 %). Mit jeder zusätzlichen Belastung steigt diese Rate deutlich an. Im Falle von drei erwarteten Belastungen liegt sie mit 44.3 % bereits 13 Prozentpunkte über dem Durchschnitt und mehr als doppelt so hoch wie im Falle gänzlich fehlender Einschränkungen. Bei der Maximalzahl von vier Belastungen steigt sie um weitere 11.6 Prozentpunkte auf 55.9 % und ist mehr als zweieinhalb mal höher als bei jenen Befragten, die keine solchen Belastungen erwarten.

Auswirkungen der subjektiv wahrgenommenen Kompetenzen gesellschaftlicher Entscheidungsträger

Weiter wurde untersucht, in welchem Maße die Befragten die gesellschaftlichen Entscheidungsträger als an ihren Problemen interessiert und für fähig erachten, die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. Hierzu wurden den Teilnehmern vier Fragen vorgelegt. 35.2 % stimmten der Aussage „völlig“ zu, die Entscheidungsträger in unserem Land seien an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert; weitere 40.7 % stimmten dem „eher“ zu. Die Zustimmung der Befragten

Tabelle 2: Subjektive Einschätzung der Motivation und Kompetenzen gesellschaftlicher Entscheidungsträger: Inkompetenzwahrnehmungen

Die Entscheidungsträger in unserem Land ...	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	% > 2.5
...sind an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert	4.8 %	19.3 %	40.7 %	35.2 %	3.06	.86	75,9 %
...sind unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen	3.6 %	20.0 %	43.3 %	33.1 %	3.06	.82	76,4 %
...handeln oft gegen die Interessen der Bevölkerung	3.7 %	21.3 %	38.0 %	37.1 %	3.08	.85	75,1 %
...reden bloß und lösen die Probleme nicht	3.3 %	16.8 %	40.5 %	39.3 %	3.16	.82	79,9 %
Skala: „Inkompetenzwahrnehmung“					3.09	.73	75.6 %

zu den übrigen Aussagen fiel ähnlich hoch aus: Etwa Dreiviertel der Befragten halten die Entscheidungsträger für unfähig, anstehende gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen zu können, dass die Verantwortlichen sogar gegen die Interessen der Bevölkerung agieren und letztlich dass sie „nur reden“ anstatt Probleme zu lösen. 75.6 % der Befragten weisen in einer auf Basis dieser vier Aussagen gebildeten Skala einen Wert auf, der über dem absoluten Mittelpunkt der Skala von 2.5 liegt. Sie bringen insoweit zum Ausdruck, dass sie die gesellschaftlichen Entscheidungsträger als eher inkompetent und/oder unwillig wahrnehmen, sich den aktuellen gesellschaftlichen Problemen aktiv zuzuwenden und diese zu lösen. Ein solche Inkompetenzwahrnehmung gesellschaftlicher Entscheidungsträger geht mit einer deutlichen Erhöhung der Autokratieakzeptanz einher. Die Effekte der erwarteten persönlichen Einschränkungen werden darüber weiter verstärkt. Dies gilt auf allen Stufen der erwarteten persönlichen Einschränkungen.

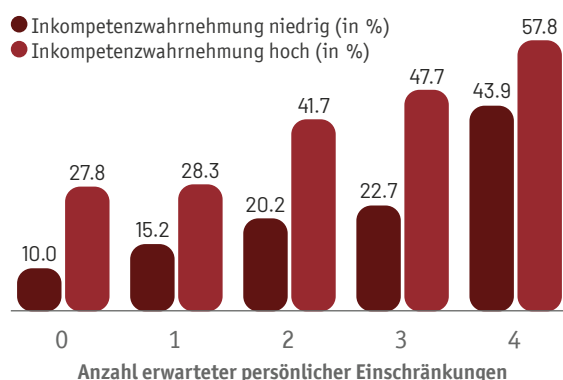


Abbildung 7: Raten der Autokratieakzeptanz nach Anzahl erwarteter persönlicher wirtschaftlicher Einschränkungen

Ist die Inkompetenzwahrnehmung niedrig und werden keine persönlichen Einschränkungen erwartet, liegt die Autokratieakzeptanz bei nur 10 %. Im Falle hoher Inkompetenzwahrnehmung liegt hier die Rate für Autokratieakzeptanz mit 27.8 % mehr als doppelt so hoch.

Ist die Inkompetenzwahrnehmung hingegen hoch und werden Einschränkungen in allen vier oben dargestellten Bereichen erwartet, liegt die Autokratieakzeptanz mit 57.8 % am höchsten. Sie beträgt dann mehr als das Fünffache dessen, was ohne die Erwartung persönlicher Einschränkungen bei zugleich niedriger Inkompetenzwahrnehmung festzustellen ist (43.9 %).

Zusammenfassung und Ausblick

Die vorliegenden Analysen zeigen, dass aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen, die vielfach im Zusammenhang mit internationalen Entwicklungen stehen, von vielen Menschen in Deutschland mit großer Sorge betrachtet werden. Je ausgeprägter diese Sorgen sind, desto stärker sind die Zweifel, dass die Demokratie in der Lage ist, diese Probleme zu bewältigen. Neben dem Krieg in der Ukraine, dem Flüchtlingszuzug und dem Klimawandel besorgt die Menschen insoweit vor allem die wirtschaftliche Entwicklung, hier insbesondere im Alltag spürbare Preissteigerungen.

Zwar befürwortet auch im April/Mai 2023 immer noch eine große Mehrheit von über 70 % die Demokratie als beste Staatsform. Zugleich sind aber nur 17.6 % völlig davon überzeugt, dass mit der Demokratie die aktuellen Probleme gelöst werden können. Deutliche Zweifel an der Problemlösefähigkeit der Demokratie artikulieren 34.3 %.

Mit 31.5 % ist in dieser Situation ein erheblicher Anteil der Bevölkerung bereit, zentrale Elemente der parlamentarischen Demokratie, wie Meinungsstreit und Debatten, parlamentarische Kontrolle der Regierung oder die Gewaltenteilung aufzugeben, zugunsten einer vermeintlich effektiveren autoritären politischen Führung. Eine solche Akzeptanz von Autokratie findet sich über Parteigrenzen hinweg in relevantem Maße. Sie ist auch nicht auf weniger gebildete Personen beschränkt, sondern verteilt sich über alle gesellschaftlichen Gruppen.

Wirtschaftliche Belastungen, insbesondere die subjektive Erwartung, sich in nächster Zeit bei der Erfüllung elementarer Grundbedürfnisse wahrscheinlich einschränken zu müssen, befördert ganz erheblich eine derartige Aushöhlung demokratischer Strukturen durch Autokratieakzeptanz.

Sofern zusätzlich relevante Entscheidungsträger in unserer Gesellschaft subjektiv als unwillig oder unfähig angesehen werden, die derzeitigen Probleme aktiv anzugehen und erfolgreich zu bewältigen, ist die Wahrscheinlichkeit einer Befürwortung autokratischer Strukturen nochmals zusätzlich erhöht.

Der Umstand, dass sich ein solche Akzeptanz von Autokratie über die Parteigrenzen hinweg identifizieren lässt legt nahe, dass es vorschnell und unangemessen wäre, hier bereits von Rechtsextremismus zu sprechen. Es handelt sich eher um Tendenzen, die als kriseninduzierte Effekte einer Aushöhlung des Vertrauens in demokratische Strukturen und Prozesse zu verstehen sind. Dies lässt sich in allen Teilen der Gesellschaft finden, vor allem aber dort, wo subjektiv erwartete ökonomische Belastungen im alltäglichen Nahbereich hoch sind. Autokratieakzeptanz kann theoretisch insoweit angemessen als Ausdruck von Versuchen der Bewältigung kriseninduzierter Unsicherheiten durch eine Hinwendung zu vermeintlich kompetenten,

Sicherheit bietenden Autoritäten und subjektiv für effektiver erachteten autoritären Strukturen gedeutet werden.

Die Gefahren für ein demokratisches Gemeinwesen liegen hier vor allem darin, dass diese Bewältigungsversuche durch Autokratieakzeptanz von politisch-extremistischen Interessengruppen und Organisationen aufgegriffen und gezielt genutzt werden können, um Anhänger und Unterstützer zu gewinnen. Genau hier setzen z.B. Rekrutierungsstrategien der AfD an, die zunehmend Einfluss gewinnt, wie sich jüngst auf kommunaler Ebene, auf Landesebene aber auch in bundesweiten Umfragen gezeigt hat (vgl. Infratest dimap 2023).

Etikettierungen von politischen Entscheidungsträgern und gesellschaftlichen Eliten als unfähig oder unwillig bzw. als an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert, sind dabei ein gängiges populistisches Argumentationsmuster, das nach den vorliegenden Befunden in krisenbehafteten Zeiten leicht in weiten Teilen der Gesellschaft verfangen kann. Insofern ist hier im Bereich derer, die sich subjektiv wirtschaftlich belastet bzw. gefährdet fühlen und die ihre Probleme als nicht angemessen anerkannt und bearbeitet ansehen, eine zentrale Zielgruppe für die Extremismusprävention zu lokalisieren.

Weitere Informationen zur Studie „Menschen in Deutschland: International“ und deren Ergebnissen erhalten Sie online unter:
<https://www.mid.uni-hamburg.de/mid-international/midint/midint-startseite.html>

Literatur

- Allianz Research (2023). *Automotive industry unplugged? What to watch: perceived vs. actual inflation, Alpine inflation divergence and recession signals from capital markets*. https://www.allianz-trade.de/content/dam/one-marketing/aztrade/allianz-trade_de/presse/2023-06-16-allianz-trade-studie-automobilindustrie.pdf
- Best, V., Decker, F., Fischer, S. & Küppers, A. (2023). *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie
- Decker, O., Kies, J. & Brähler, E. (2023). *Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie*. EFBI-Paper 2023/2. Leipzig: Else Frenkel-Brunswik Institut für Demokratieforschung in Sachsen an der Universität Leipzig. <https://efbi.de/details/efbi-policy-paper-2023-2-autoritaere-dynamiken-und-die-unzufriedenheit-mit-der-demokratie.html>
- Infratest-dimap (2023). *Sonntagsfrage Bundestagswahl vom 21.07.2023*. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>
- Pickel, S., Pickel, G., Gittner, N., Celik, K. & Kies, J. (2022). *Demokratie und politische Kultur*. In O. Decker, J. Kiess, Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken und in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen*. Leipziger Autoritarismusstudie 2022, (S. 185-207). Gießen: Psychosozial. https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf
- Richter, T., Brettfeld, K., Wetzels, P. Kleinschnittger, J. & Farren, D. (2023). *Menschen in Deutschland: International (MiDInt) Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 3 (April/Mai 2023)*. MOTRA-Forschungsbericht No. 9 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.12625>
- Wetzels, P., Richter, T., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023). *Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine und die Verbreitung von Kriegsängsten in Deutschland*. MOTRA-Spotlight 05/23. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2023005>

Impressum

MOTRA-Verbundpartner



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Angaben gemäß § 5 TMG

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Dr. Uwe Kemmesies
E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Redaktion

Isabelle Holz

Layout

studio halvar

Forschungskordinator (MOTRA-Verbund)

Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

Fragen zu MOTRA allgemein: motra@bka.bund.de

Fragen zum Inhalt dieser Spotlight-Ausgabe an:

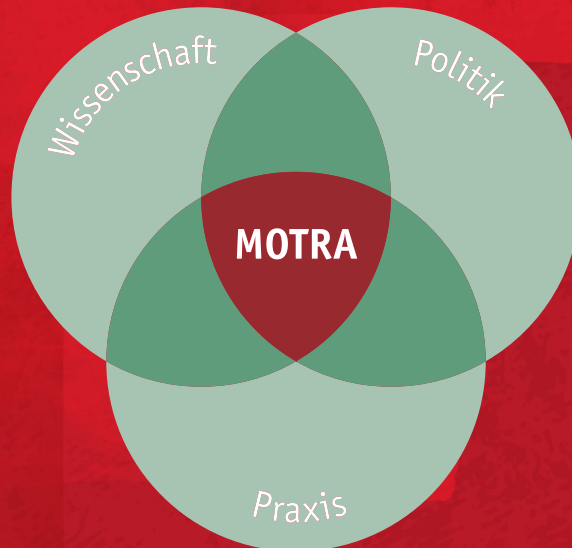
Dr. Katrin Brettfeld (Universität Hamburg) katrin.brettfeld@uni-hamburg.de

Dr. Thomas Richter (GIGA Hamburg) thomas.richter@giga-hamburg.de

Prof. Dr. Peter Wetzels (Universität Hamburg) peter.wetzels@uni-hamburg.de

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung



Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungscluster neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbünden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer

Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

✉ motra@bka.bund.de

🌐 www.motra.info

🐦 twitter.com/MOTRAVERBUND